



# Presseinformation

An die Vertreterinnen und Vertreter  
der Medien

Wiesbaden, 6. Dezember 2017

Nr. 308

Innenminister Peter Beuth:

## **„Gemeinsam mehr Sicherheit schaffen“**

### **Sicherheitsinitiative KOMPASS startet in vier Modellkommunen**

Wiesbaden/Hanau/Bad Homburg. Der Hessische Innenminister Peter Beuth hat die Sicherheitsinitiative KOMPASS vorgestellt. KOMPASS steht für das **KOMmunalProgrAmm SicherheitsSiegel**. Das bundesweit einmalige Programm startet zunächst in den vier Modellkommunen Hanau und Maintal (beide Main-Kinzig-Kreis) sowie Bad Homburg v. d. Höhe (Hochtaunuskreis) und Schwalbach am Taunus (Main-Taunus-Kreis). Dort werden ab sofort passgenaue Sicherheitskonzepte durch die beteiligten Sicherheitspartner Kommune, Polizei, Bürger und weitere gesellschaftliche Akteure erarbeitet und gemeinsam umgesetzt.

„Mit KOMPASS schlagen wir ein weiteres, neues Kapitel in der Sicherheitsstrategie des Landes Hessen auf. Wir wollen, dass hessische Städte und Gemeinden Probleme vor Ort selbständiger angehen und individuelle Lösungen entwickeln können. Damit nehmen wir die Kommunen auch in die Pflicht und bieten zugleich gezielt Anreize, mehr Verantwortung für die Sicherheit zu übernehmen. Die KOMPASS-Spezialisten der hessischen Polizei stehen dabei eng an der Seite der kommunalen Familie. Das sichtbare Zeichen dafür, dass die Kommune mehr für die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger tut, wird das SicherheitsSiegel des Landes Hessen sein. Wir wollen gemeinsam mehr Sicherheit schaffen“, sagte Innenminister Peter Beuth.

Jede KOMPASS-Stadt und jede KOMPASS-Gemeinde wird bei erfolgreicher Zusammenarbeit mit dem Land Hessen ihr eigenes Sicherheitssiegel erhalten. KOMPASS ist ein Angebot des Hessischen Innenministeriums an die Städte und Gemeinden. Ziel des Programms ist es, die

Sicherheitsarchitektur in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln und passgenauere Lösungen für Probleme vor Ort zu entwickeln. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Prävention. „Ich bin überzeugt, dass KOMPASS einen Mehrwert für die Sicherheit in ganz Hessen bedeuten kann. Deshalb mache ich keinen Hehl daraus, dass es unser Ziel ist, das Programm in ganz Hessen umzusetzen und somit jeder Stadt und Gemeinde die Möglichkeit zu eröffnen eine KOMPASS-Kommune zu werden. Wir beginnen in den vier Modellkommunen Bad Homburg, Hanau, Maintal und Schwalbach am Taunus, weil diese mit sehr unterschiedlichen Sicherheits Herausforderungen konfrontiert sind. Daraus erhoffen wir uns hilfreiche Rückschlüsse für die Ausweitung auf ganz Hessen“, so der Innenminister.

### **Mit KOMPASS kommt mehr Personal zur polizeilichen Kriminalitätsprävention**

Das Hessische Innenministerium weist den Polizeipräsidien für KOMPASS jeweils zwei zusätzliche Stellen – hessenweit insgesamt 14 – zu, um so den Bereich der Prävention dort weiter zu stärken. Außerdem wird eine Geschäftsstelle für KOMPASS beim Hessischen Landeskriminalamt eingerichtet, die mit ebenfalls zwei zusätzlichen Stellen ausgestattet sein wird. „Darüber hinaus werden wir 30 weitere ‚Schutzmann vor Ort‘ landesweit einsetzen. Das erfolgreiche ‚Schutzmann-vor-Ort‘-Programm ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir bereits sehr leistungsstarke Bausteine im Sicherheitsportfolio des Landes haben, die sich in die Gesamtkonzeption von KOMPASS sehr gut einfügen. Wir haben KOMPASS auch deshalb entwickelt, damit sich Kommunen in dem umfangreichen Angebot an Sicherheits- und Präventionsmaßnahmen der Polizei zu Recht finden und daraus die für ihre Bedürfnisse passenden Lösungen nutzen können. So bieten wir der kommunalen Familie mit KOMPASS Orientierung in allen Fragen der Sicherheit“, sagte Innenminister Peter Beuth.

### **KOMPASS-Berater bietet Kommunen Orientierung**

Eine zentrale Rolle hat der KOMPASS-Berater inne. Der KOMPASS-Berater ist ein Polizist, der im ständigen Dialog mit den Partnern den Fortschritt der gemeinsamen Initiativen für mehr Sicherheit dokumentiert. In einem ersten Schritt geht er auf die kommunalen Vertreter zu und erstellt mit diesen gemeinsam eine detaillierte Sicherheitsanalyse für die jeweilige Stadt oder Gemeinde. Berücksichtigung finden dabei alle bewährten Maßnahmen der Polizei sowie alle Programme, die bereits vor Ort wirken. Dabei soll auch Bestehendes auf den Prüfstand gestellt und eine detaillierte Maßnahmenliste erstellt werden, wie die Sicherheit vor Ort weiter verbessert werden kann. „Deshalb ist es auch von grundlegender Bedeutung, dass wir alle Partner, die Aufgaben im Bereich der Sicherheit wahrnehmen sowie die Bürgerinnen und Bürger an einen Tisch holen. Neben kommunalen Verantwortungsträgern ist die aktive Bürgerbeteiligung entscheidend. So können bei Bürgerversammlungen oder regelmäßigen Bürgersprechstunden die individuellen Wahrnehmungen der Menschen aufgenommen werden und die jeweilige Stadt kann im Schulterschluss mit den Bürgern Anregungen und auch wahrgenommene Ängste in die Analyse mit aufnehmen. Denn Angsträume darf es in Hessen nicht geben. Deshalb sind alle Sicherheitspartner dazu aufgerufen, sie gemeinsam zu identifizieren und gemeinsam zu beseitigen“, so der Innenminister.